



Niederschrift

Gremium:	Ratsversammlung		
Sitzungsnummer:	RAT 11/01	Sitzungsdatum:	15.03.2011
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr	Sitzungsende:	20:37 Uhr
Sitzungsraum:	Sitzungssaal im Rathaus Tornesch, Wittstocker Str. 7		

Teilnehmerliste:

Frau Plambeck, Heide-Marie - CDU	Bürgervorsteherin	
Frau Clauß, Christiane - B90/GRÜNE	2. stellvertr. BV	
Herr Daniel, Peter - SPD	1. stellvertr. BV	
Herr Bannick, Andreas - CDU	Ratsherr	
Frau Eßler, Ursula - FDP	Ratsfrau	
Frau Fischer-Neumann, Verena - SPD	Ratsfrau	
Herr Fruchtenicht, Ingo - SPD	Ratsherr	
Herr Fruchtenicht, Klaus - SPD	Ratsherr	
Herr Hatje, Arnold - CDU	Ratsherr	
Herr Hüls, Gerhard - B90/GRÜNE	Ratsherr	
Herr König, Rolf - SPD	Ratsherr	
Herr Lichte, Horst - SPD	Ratsherr	
Herr Michaelsen, Bernd - FDP	Ratsherr	
Herr Nellissen, Gerd - B90/GRÜNE	Ratsherr	entschuldigt
Herr Quast, Andreas - CDU	Ratsherr	
Herr Radon, Christopher - CDU	Ratsherr	
Herr Rahn, Helmut - B90/GRÜNE	Ratsherr	
Herr Reetz, Joachim - CDU	Ratsherr	
Frau Schloß, Gicela - B90/GRÜNE	Ratsfrau	
Herr Schöndienst, Frank - FDP	Ratsherr	entschuldigt
Herr Werner, Gunnar - FDP	Ratsherr	
Herr Zinger, Christoph - CDU	Ratsherr	
Herr Krügel, Roland - Bgm. Tornesch	Bürgermeister	
Frau Gosau, Birgit - Verwaltung	VHS-Leiterin	
Frau Grün, Marion - Verwaltung	Amtsleiterin	
Herr Kopper, Torsten - Verwaltung	Amtsleiter	
Frau Kählert, Sabine - Verwaltung	Amtsleiterin	
Frau Ries, Inga - Verwaltung	Protokollführerin	
Herr Rieck, Artur - SPD	Ratsherr	entschuldigt

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der fristgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 14.12.2010	VO/11/051
4	Bericht des Bürgermeisters I/2011	VO/11/054
5	Umbesetzung von Ausschüssen	VO/11/050
6	Zustimmung zur Wahl der Ortswehrführung Tornesch-Esingen und der stellvertretenden Ortswehrführung Tornesch-Ahrenlohe	VO/11/029
7	Schwarzbauten im Esinger Moor -Resolution der Ratsversammlung- Antrag der FDP- und SPD-Fraktion	VO/11/057
8	Errichtung einer Bürgerstiftung	/10/880-1-1
9	Feststellung des Jahresabschlusses der Grundstücksgesellschaft Tornesch (GGT) für das Haushaltsjahr (Wirtschaftsjahr) 2009	VO/11/035
10	Auflösung des Eigenbetriebes "Volkshochschule Tornesch" zum 31.7.2011	VO/11/037
11	Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages für den Zweckverband "Volkshochschule Tornesch - Uetersen"	VO/11/052
12	29. Änderung des Flächennutzungsplanes "Hörnweg" Abwägung zur öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss	VO/11/016
13	B-Plan 58, 1. Änderung "Ahrenloher Straße/ Kuhlenweg" Abwägung zur öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss	VO/11/018
13.1	Nachtragsvorlage zu B-Plan 58, 1. Änderung "Ahrenloher Straße/ Kuhlenweg" Abwägung zur öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss	VO/11/058

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der fristgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis Absetzung TOP 8:
13 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen
Abstimmungsergebnis Absetzung TOP 4:
17 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

Beratungsverlauf:

Frau BV Plambeck eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung fest. RF Eßler beantragt als Vorsitzende des Hauptausschusses die Absetzung des geplanten Tagesordnungspunktes 8 „Änderung der Hauptsatzung der Stadt Tornesch; hier: Öffentlichkeit des Hauptausschusses“ von der heutigen Tagesordnung zu nehmen. Bgm. Krügel beantragt, den geplanten TOP 5 „Anfragen von Ratsmitgliedern“ mangels Anfragen von der Tagesordnung abzusetzen. RF Fischer-Neumann beantragt eine getrennte Abstimmung über beide Anträge.

Zunächst lässt BV Plambeck über den Antrag von Frau Eßler abstimmen. Dieser wird mehrheitlich angenommen. Danach lässt BV Plambeck über die geänderte Tagesordnung mit der Absetzung des Punktes „Anfragen von Ratsmitgliedern“ abstimmen. Diese Tagesordnung wird mehrheitlich angenommen.

TOP 2 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:

- Frau Werner möchte wissen, ob es möglich ist, nach der Beratung zur Resolution zu den Schwarzbauten im Esinger Moor die Einwohnerfragestunde erneut zu öffnen, weil sie sich vorstellen kann, dass es danach noch zu Fragen kommen kann. BV Plambeck antwortet, dass das möglich ist.
- Frau Claudia Jacobs von der BI „Esinger Moor Abrisse“ möchte wissen, ob die Gegendarstellung zur Darstellung des Landrates an Herrn Kubicki den Fraktionsvorsitzenden bekannt ist. Dies wird verneint. Sie führt u.a. aus, dass 23 Bauten aufgrund falscher Aussagen aus dem Tornescher Bauamt genehmigungsfrei errichtet wurden.
- Frau Susanne Sauskat aus dem Kanaldamm findet es nicht sozialverträglich, wenn einem das zu Hause genommen wird und schildert ihre persönliche Situation. U.a. kritisiert sie die Stadt, dass durch den Anschluss an das Wasser- und Abwassernetz den Bewohnern Rechtssicherheit für ihre Häuser suggeriert wurde.
- Frau Anders, Tochter von Frau Schmidt-Biastoch, berichtet, dass sie bereits die Duldungsvereinbarung mit dem Kreis Pinneberg geschlossen hat. Sie fühlten sich jedoch unter Druck gesetzt. Das stellt sie sich nicht unter sozialverträglichen Lösungen vor. Auch die Tochter der Familie Menzel am Kanaldamm sieht das so. Auch sie haben bereits die Duldungsvereinbarung unterzeichnet.
- Herr Meineke aus dem Kanaldamm berichtet über seine persönliche Situation. Er musste die Hälfte seiner Stallgebäude für seine Pferde abreißen. Nun steht er vor der Situation, Pferde abschaffen zu müssen, weil sie nicht mehr untergebracht werden können. Auch das hält er nicht für sozialverträglich. Weiterhin hat er eine Anmerkung zum letzten Protokoll der Ratsversammlung (Einwohnerfragestunde). Der Bürgermeister hatte ihn zugesichert, dass seine Antwort in der Niederschrift nachzulesen ist. Laut Herrn Meineke wurde der Sachverhalt anders dargestellt. Bürgermeister Krügel antwortet, dass er sich bei seiner Aussage, Anliegerstraßen im Außenbereich können nicht für einen Straßenausbau veranlagt werden, geirrt hat. Die Ausbaubeitragssatzung sieht bei einem Ausbau eine Veranlagung der Anlieger vor. Dies ist aber zur Zeit nicht beabsichtigt. Zudem teilt er mit, dass die Stadt Tornesch nicht in das Förderprogramm Ländliche Wege der Aktivregion aufgenommen wurde. Herr Meineke hakt nach, warum eine landwirtschaftlich genutzte Straße als Anliegerstraße eingestuft wird. Bgm. Krügel antwortet, dass alle Straßen nach gängiger Rechtsprechung eingestuft werden müssen. Es dürfen im Gemeindegebiet keine „weiße Flecken“ geben, die nicht beitragsfähig wären. Er ergänzt, dass Straßenunterhaltungsmaßnahmen nicht umlagefähig sind. RF Eßler ergänzt, dass die Niederschrift mit der Ergänzung der FDP-Fraktion genehmigt wird.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 14.12.2010

Beschluss:

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 14.12.2010 werden die in der Anlage dargestellten Ergänzungen als Einwand erhoben. Sie gilt mit der Ergänzungen als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsverlauf.

Zu TOP 16 der Niederschrift „Verkauf eines Grundstückes im Baugebiet Tornesch –am See“ fügt RH Klaus Fruchtenicht eine schriftliche Eingabe gemäß § 18 der Geschäftsordnung bei. Diese Eingabe wird der Niederschrift beigelegt.

TOP 4 Bericht des Bürgermeisters I/2011

Beratungsverlauf:

Bürgermeister Krügel aktualisiert seinen Bericht insofern, dass zwischenzeitlich der Förderantrag für das Ländliche Wegenetz abgelehnt und der Haushalt der Stadt mit den Haushalten der Eigenbetriebe genehmigt wurden. Nachfragen zum Bericht werden nicht gestellt.

TOP 5 Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Die Ratsversammlung stimmt nachfolgenden Ausschussumbesetzungen zu:

Umweltausschuss

bgl. M. Reinhard Nürnberg für bgl. M. Bernhard Janz

Vertretung

bgl. M. Bernhard Janz für RH Andreas Quast

Ausschuss für Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildungswesen

Vertretung

RH Christopher Radon für bgl. M. Reinhard Nürnberg

Abstimmungsergebnis:
20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, RH Radon, erläutert kurz die von seiner Fraktion gewünschten Änderungen.

TOP 6 Zustimmung zur Wahl der Ortswehführung Tornesch-Esingen und der

Beschluss:

Die Ratsversammlung stimmt der Wahl der Mitgliederversammlung vom 21.01.2011 von Herrn Günther Pieper zum Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Tornesch-Esingen und der Wahl der Mitgliederversammlung vom 04.02.2011 von Herrn Sönke Brandt zum stellvertretenden Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Tornesch-Ahrenlohe zu.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
----------------------	-----------------------	-----------------------

Beratungsverlauf:

Herr Bgm. Krügel bittet um Zustimmung, eine Beratung erfolgt nicht.

TOP 7	Schwarzbauten im Esinger Moor -Resolution der Ratsversammlung- Antrag der FDP- und SPD-Fraktion
-------	---

Beschluss:

Resolution der Ratsversammlung

1. Die Ratsversammlung der Stadt Tornesch erklärt sich solidarisch mit den betroffenen Bürgern im Esinger Moor in der Forderung zum Erhalt ihrer Häuser und den erforderlichen Nebengebäuden. Die Ratsversammlung folgt damit den Bemühungen, den Menschen Rechtssicherheit zu geben, wie dies schon einmal durch den Beschluss einer Außenbereichssatzung erreicht werden sollte.
2. Die Ratsversammlung der Stadt Tornesch appelliert an den Landrat des Kreises Pinneberg, sein Ermessen im Interesse der BürgerInnen wohlwollend auszuüben. Er wird gebeten, Vollstreckungsmaßnahmen auszusetzen, bis die aktuellen Bemühungen auf Landesebene ein Ergebnis gebracht haben.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	8 Enthaltungen
----------------------	-----------------------	-----------------------

Beratungsverlauf:

BV Plambeck verliest den Text einer Resolution, auf den sich der Hauptausschuss in seiner Sitzung vom Vortag geeinigt hat.

RH Radon sagt, dass die CDU-Fraktion nicht zustimmen wird. Nach ihrer Meinung bewegt sich der Kreis Pinneberg bei seinen Maßnahmen im Rahmen von Recht und Gesetz. Diese Aussage bezieht sich allerdings nicht auf alle an den Verfahren Beteiligten. Die CDU war und ist bemüht, nach einen rechtlichen Rahmen zu suchen, eine Resolution hat keine durchschlagende Wirkung.

RF Eßler freut sich, dass es im zweiten Anlauf offensichtlich eine Mehrheit der Ratsversammlung gibt, eine Resolution zu verabschieden.

RH Hatje erinnert sich an eine Bereisung des Gebietes mit dem Bauausschuss der Kreises Pinneberg vor einigen Jahren. Die von der Ratsversammlung Tornesch erlassene Außenbereichssatzung für dieses Gebiet wurde aus rechtlichen Gründen nicht weiter verfolgt, eine Resolution bringt seiner Meinung nach nichts. Er bedauert im Nachhinein die Aufhebung der Außenbereichssatzung.

RH K. Fruchtenicht hat seinerzeit auch an der Ortsbegehung teilgenommen. Auch er bedauert das Scheitern der Außenbereichssatzung. Die SPD wird jedoch der Resolution zustimmen, um ein Zeichen zu setzen. Rechtlich hat sie keine Wirkung.

Zur Außenbereichssatzung äußert RF Eßler, dass der Kreis Pinneberg immer wieder darauf hingewiesen hat, dass diese nicht rechtmäßig ist. Man wäre ohne Aufhebung der Satzung heute im Verfahren nicht weiter. Die Satzung hat den Bewohnern Rechtssicherheit suggeriert, auf denen sie teilweise Bauanträge gestellt haben. Dadurch wären einigen Verfahren erst in Gang gesetzt worden.

Bgm. Krügel führt aus, dass es aufgrund mangelnder gesetzlicher Grundlagen in Schleswig-Holstein zur Zeit nicht möglich ist, sogenannte Splittersiedlungen im Außenbereich nachträglich zu legalisieren. Andere Bundesländer hätten die Voraussetzungen hierfür geschaffen. Tornesch hat im Rahmen seiner Möglichkeiten durch die Außenbereichssatzung versucht, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen. Leider hat die Bauaufsicht des Kreises die Satzung nicht anerkannt und somit nicht angewendet. Unter dem Druck der damaligen Ereignisse hat die Ratsversammlung die Satzung dann aufgehoben. Bgm. Krügel hat dies immer für einen Fehler gehalten. Die Möglichkeiten von Herrn Kubicki schätzt der Bürgermeister als gering ein. Die meisten Anwohner haben die Vereinbarungen mit dem Kreis Pinneberg geschlossen. Seiner Kenntnis nach hat noch niemand den Klageweg beschritten. Die Resolution hält auch er für eine Geste, rechtlich sind die Verfahren wohl einwandfrei.

RF Eßler sagt, dass ihr der Landrat geraten hätte, sich an die Landespolitiker zu wenden. Das hat sie auch getan und erhofft sich von den anderen Fraktionen, dass auch sie sich an ihre Landespolitiker wenden. Sie erinnert daran, dass alle Beteiligten bei dem Erlass der Satzung gute Absichten hatten, den Menschen zu helfen. Sie hat geglaubt, dass der Kreis Pinneberg auch nach sozialverträglichen Lösungen suchen wird. Aufgrund ihrer Bemühungen gibt es schon mal längere Übergangsfristen und andere Ansprechpartner beim Kreis Pinneberg. Sie würde sich noch mehr Unterstützung wünschen.

Danach wird durch die Vorsitzende die Einwohnerfragestunde erneut eröffnet.

Frau Schmidt-Biastoch, 80 Jahre alt, sagt, dass sie ihr Leben lang im Kanaldamm wohnt und auch sie an das Wasser- und Abwassernetz angeschlossen wurde. Aufgrund des drohenden Abrisses nach ihrem Ableben kann sie ihren Kindern nichts mehr hinterlassen.

Frau Norma Pohlke aus der Heimstättenstraße bittet alle Ratsmitglieder, die Resolution zu unterstützen und zu helfen. Die Anwohner fühlen sich alleine gelassen und sie benötigen die Hilfe der Politik. Herr Meineke schließt sich der Bitte an. Die Resolution ist ein Zeichen an den Kreis Pinneberg, einen möglichen Ermessensspielraum in der Gesetzgebung voll auszunutzen. Er erhofft sich durch eine breite Zustimmung eine bessere Ausgangslage und der Kreis bemerkt, dass sich im Esinger Moor „etwas tut“.

RH Radon beantragt eine Sitzungsunterbrechung. BV Plambeck schließt die Einwohnerfragestunde und unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Um 20.20 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. RH Reetz äußert für die CDU-Fraktion als ehemaliges Mitglied des Bau- und Planungsausschusses, dass seine Fraktion auf die Äußerungen des Kreises vertraut hat, mit den Anwohner möglichst respektvoll umzugehen. Die CDU kann den Sätzen 1 und 2 und Punktes 1 der Resolution voll umfänglich zustimmen. Sie halten die Verfahren jedoch für zu weit fortgeschritten, als das Punkt 2 noch durchzusetzen ist. Sie werden sich daher der Stimme enthalten.

Danach lässt BV Plambeck abstimmen.

TOP 8	Errichtung einer Bürgerstiftung
-------	---------------------------------

Beschluss:

1. Die der Vorlage anliegende Satzung der Bürgerstiftung Stadt Tornesch i.M. Gerhard Veit in der Verwaltung der Bürgerstiftung VR Bank Pinneberg wird beschlossen.
2. Der Abschluss des Stiftungs-Treuhandvertrages zwischen der Bürgerstiftung Stadt Tornesch i.M. Gerhard Veit und der Bürgerstiftung VR Bank Pinneberg wird beschlossen.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Satzung auszufertigen und bekannt zu machen und den Treuhandvertrag abzuschließen.
4. Über die Verwendung der Erträge des Stiftungsvermögens entscheidet im Rahmen des Stiftungszwecks die Stadt Tornesch – Ausschuss für Jugend, Sport, Kultur und Bildungswesen.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
----------------------	-----------------------	-----------------------

Beratungsverlauf:

Bgm. Krügel erläutert die Bürgerstiftung an sich und den Verwendungszweck des Stiftungsvermögens. Das Kapital wird auf runde 450.000 € aus dem Preisgeld für die Auszeichnung als Sportfreundliche Kommune und den Restmitteln aus dem Haushalt aufgestockt. Er ruft die Bürgerinnen und Bürger auf, dem Beispiel von Herrn Veit zu folgen und zu stiften.

TOP 9	Feststellung des Jahresabschlusses der Grundstücksgesellschaft Tornesch (GGT) für das Haushaltsjahr (Wirtschaftsjahr) 2009
-------	--

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2009 der Grundstücksgesellschaft Tornesch GGT wird in der vorgelegten und vom Gemeindeprüfungsamt des Kreises Pinneberg geprüften Fassung mit einer Bilanzsumme von 5.565.822,15 Euro festgestellt. Die Ergebnisrechnung schließt mit Erträgen in Höhe von 582.884,40 Euro und mit Aufwendungen in Höhe von 534.531,56 Euro ab. Der Jahresgewinn in Höhe von 48.352,84 Euro wird der Ergebnisrücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis:		
20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Der stellv. Vorsitzende des Finanzausschusses, RH Reetz, berichtet, dass sich der Ausschuss kritisch die wirtschaftliche Lage der GGT angeschaut und Bemerkungen zu dem Prüfbericht des Kreises gemacht hat.

RH Daniel erläutert ergänzend, dass die GGT für langfristige Finanzierungen zinslose Darlehen der Stadt erhält. Die Tilgung kann durch die GGT nicht erwirtschaftet werden.

RF Clauß stimmt den Aussagen zu, ihre Fraktion wird dem Haushalt aber trotzdem zustimmen. Durch die spätere Einführung der Doppik bei der Stadt erhofft sie sich mehr Transparenz und die Ausgliederung von Vermögen macht dann auch keinen Sinn mehr.

TOP 10 Auflösung des Eigenbetriebes "Volkshochschule Tornesch" zum 31.7.2011

Beschluss:

1. Der Eigenbetrieb Volkshochschule Tornesch wird zum 31.07.2011 aufgelöst.
2. Das zum 31.07.2011 bestehende Eigenkapital und Vermögen werden an die Stadt Tornesch übertragen und nach Jahresabschluss des Eigenbetriebs VHS ohne das Stammkapital und die Altersteilzeitrücklage in den Zweckverband VHS Tornesch-Uetersen eingebracht.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1 der Beschlussvorlage:		
20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 der Beschlussvorlage:		
11 Ja-Stimmen	9 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

RH Reetz führt noch aus, dass der Auflösungsbeschluss für die Vorbereitung der Gründung der gemeinsamen Volkshochschule mit der Stadt Uetersen notwendig ist. Das Stammkapital des Eigenbetriebes und die Altersteilzeitrücklage verbleiben bei der Stadt Tornesch, ansonsten wird das Vermögen der VHS dem Zweckverband zugeführt.

RF Clauß entgegnet, dass ihre Fraktion im Finanzausschuss dem Beschlussvorschlag nicht gefolgt ist, weil die Rücklagen durch den Eigenbetrieb u.a. auch durch Zuschüsse der Stadt Tornesch erwirtschaftet worden ist. Diese Zuschüsse der Stadt sollen einer anderen juristischen Person zufallen. Daher hat die Fraktion einen Änderungsantrag gestellt, die Rücklagen bei der Stadt Tornesch zu belassen.

RH Daniel gibt zu, dass auch seine Fraktion lange über diesen Aspekt nachgedacht hat. Sie halten es letztendlich jedoch für wichtiger, die Mittel in die neue Volkshochschule einzubringen.

RH Rahn beantragt eine getrennte Abstimmung zu den Punkten 1 und 2 der Beschlussvorlage.

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt den der Vorlage anliegenden öffentlich-rechtlichen Vertrag in Form einer Verpflichtungserklärung zwischen dem Zweckverband „Volkshochschule Tornesch – Uetersen“ und der Stadt Tornesch über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft und beauftragt den gesetzlichen Vertreter diesen nach der entsprechenden Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Volkshochschule Tornesch - Uetersen“ auszufertigen.

Abstimmungsergebnis:
20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsverlauf: ohne

Beschluss:

1. Die während der Auslegung bzw. der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen des Planungsbüros vom 23.01.2011 geprüft. Von der Öffentlichkeit wurden Stellungnahmen nicht abgegeben. Die Zusammenstellung vom 23.01.2011 ist Bestandteil dieses Beschlusses. Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ratsversammlung beschließt die 29. Änderung des Flächennutzungsplanes.
3. Die Begründung mit dem Umweltbericht wird gebilligt.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, die 29. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 Baugesetzbuch ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt des Planes Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:
20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses erklärt, dass es sich bei dem Beschluss um die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Ausbau der Ahrenloher Feuerwache handelt. Er bittet um Zustimmung.

TOP 13	B-Plan 58, 1. Änderung "Ahrenloher Straße/ Kuhlenweg" Abwägung zur öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
--------	--

und

TOP 13.1	Nachtragsvorlage zu B-Plan 58, 1. Änderung "Ahrenloher Straße/ Kuhlenweg" Abwägung zur öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
----------	--

Beschluss:

1. Das Verfahren zur Aufstellung der 33. Änderung des Flächennutzungsplanes „Ahrenloher Straße – Kuhlenweg“ wird eingestellt.
2. Der Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58 vom 04.10.2009 wird aufgehoben.
3. Die während der Auslegung bzw. der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen des Planungsbüros vom 23.01.2011 und 07.03.2011 geprüft. Von der Öffentlichkeit wurden Stellungnahmen nicht abgegeben. Die Zusammenstellung vom 23.01.2011 sowie der 1. Nachtrag vom 07.03.2011 dazu sind Bestandteil dieses Beschlusses. Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
4. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Ratsversammlung die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58 für das Gebiet südöstlich der Ahrenloher Straße in einer Tiefe von ca. 60 m sowie südwestlich des Kuhlenwegs in einer Tiefe von ca. 60 m, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
5. Die Begründung wird gebilligt.
6. Der Beschluss der Bebauungsplanänderung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist auch anzugeben, wo die Bebauungsplanänderung mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.
7. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Flächennutzungsplan zu berichtigen.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen
--

Beratungsverlauf:

RH Hatje sagt, dass beim B-Plan 58 ein erneuter Beschluss gefasst werden muss, um geplante Bauvorhaben von Grundstückseigentümer planungsrechtlich möglich zu machen.

Tornesch, den 28.03.2011

Heide-Marie Plambeck
Vorsitzende

Gicela Schloß
Ratsmitglied

Inga Ries
Protokollführerin